

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 403 - Finanzen
	Mitarbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Detlef Jansen 563 4373 563 8032 detlef.jansen@stadt.wuppertal.de
	Datum:	27.01.2005
	Drucks.-Nr.:	VO/0065/05 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
01.02.2005	Ausschuss für Umwelt	Vorberatung
02.02.2005	Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing	Vorberatung
02.02.2005	Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit	Vorberatung
08.02.2005	Schulausschuss	Vorberatung
09.02.2005	Ausschuss Zentrale Dienste	Vorberatung
09.02.2005	Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann	Vorberatung
09.02.2005	Ausschuss für Verkehr	Vorberatung
10.02.2005	Sportausschuss	Vorberatung
15.02.2005	Jugendhilfeausschuss	Vorberatung
16.02.2005	Kulturausschuss	Vorberatung
16.02.2005	Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung	Vorberatung
17.02.2005	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie	Vorberatung
23.02.2005	Hauptausschuss	Vorberatung
28.02.2005	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Konkretisierung der globalen Minderausgaben aus dem Haushaltssicherungskonzept 2004		

Beschlussvorschlag

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Umsetzung der globalen Minderausgaben werden beschlossen.

Unterschrift

Dr. Slawig

Begründung

Ausgangslage

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat mit Verfügung vom 9.12.2004 mitgeteilt, dass sie das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Wuppertal nicht genehmigen wird. Die Haushaltssatzung kann damit nicht rechtskräftig werden; die Haushaltspläne 2004 und 2005 müssen nach den Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung bewirtschaftet werden.

Bei den Krediten hat die Kommunalaufsicht für 2004 einen um 4,4 Mio. Euro geringeren Kreditbedarf als von der Stadt vorgesehen genehmigt. Die Kreditgenehmigung für 2005 macht die Kommunalaufsicht einerseits abhängig von der **Konkretisierung der im Haushaltssicherungskonzept ausgewiesenen globalen Minderausgaben**. Außerdem fordert sie, dass die Stadt Wuppertal eine den Vorgaben des Innenministeriums NRW entsprechende Prioritätenliste für Investitionen vorlegt (vgl. hierzu die Ratsdrucksache VO/0076/05).

Im Einzelnen geht es um folgende Positionen der vom Rat der Stadt beschlossenen Drucksache 2619/04 „Weitere Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltsplan-Entwurf 2004/2005“:

Lfd. Nr.	Finanzposition	Maßnahme	2005 TEuro	2006 TEuro	2007 TEuro	2008 TEuro
1	9120-850.0000	Kürzung von Zuschüssen	750	1.500	1.500	1.500
2	9120-850.0000	Reduzierung von Dienst-Kfz	45	45	45	45
3	9120-850.0000	Optimierung des Einsatzes im Bereich von ESW, 103 und 104	0	150	150	150
4	9120-470.0000	Reduzierung der Personalkosten durch Fluktuation	0	1.000	2.000	3.000
5	3500-600.0000	Kürzung des Zuschussbedarfes bei Volkshochschule und Familienbildungsstätte	0	50	100	100
6	5700-600.0000	Übertragung der Freibäder auf Dritte	0	30	80	80
7	1300-600.0000	Kooperationsmaßnahmen im Bereich der Feuerwehr	0	500	500	500

Vorschläge zur Konkretisierung

Zu lfd. Nr. 1 „Kürzung von Zuschüssen“

Bei der Erarbeitung der Vorschläge ist die Verwaltung wie folgt vorgegangen:

1. Zunächst wurden die Zuschüsse ausgesondert, bei denen eine Kürzung nicht für möglich gehalten wird.
2. Bei den danach verbliebenen Zuschusspositionen ist eine Bereinigung erfolgt, weil zahlreiche Zuschüsse ganz oder teilweise durch spezielle Einnahmen (Landeszuschüsse, Spenden, Stiftungserträge, Entgelte usw.) finanziert werden, echte Einsparungen aber nur durch Reduzierung des städtischen Anteils zu erreichen sind.
3. Auf dieser Grundlage wurden Einsparvorgaben für die Geschäftsbereiche ermittelt. Zur Umsetzung der globalen Minderausgabe wurden Maßnahmen mit den Geschäftsbereichen abgestimmt.

Die Verwaltung schlägt danach folgende Kürzungen vor:

Finanzposition	Bezeichnung	Ansatz	2005 Euro	2006 Euro	2007 Euro	2008 Euro
6900-718.0000 Zuschüsse an Dritte für Maßnahmen zum Fließgewässerschutz	alt		51.150	51.150	51.150	51.150
	Kürzung		6.375	12.750	12.600	12.600
	neu		44.775	38.400	38.550	38.550
6220-717.0100 Aufwendungsbeihilfen für den sozialen Wohnungsbau	alt		1.625.450	1.625.450	1.625.450	1.625.450
	Kürzung		65.250	110.500	110.400	110.300
	neu		1.560.200	1.514.950	1.515.050	1.515.150
4700-718.0300 Personalkostenzuschuss Wohn- gemeinschaften Behinderter	alt		185.200	185.200	185.200	185.200
	Kürzung		185.200	185.200	185.200	185.200
	neu		0	0	0	0
Neuordnung Soziale Dienste 4550-718.0000 Kinderschutzbund 4580-718.0000 Arbeiterwohlfahrt 4580-718.0200 Caritasverband 4580-718.0300 Diakonisches Werk Barmen 4580-718.0400 Diakonisches Werk Elberfeld	alt		3.104.400	3.140.800	3.177.800	3.215.400
	Kürzung		150.000	186.400	193.900	201.700
	neu		2.954.400	2.954.400	2.983.900	3.013.700
4700-718.1100 Betriebskostenzuschuss an Träger von Altentagesstätten	alt		153.400	153.400	153.400	153.400
	Kürzung		0	21.900	21.900	21.900
	neu		153.400	131.500	131.500	131.500
4640-718.0200 Ersatz von Erbbauzinsen für den Elberfelder Erziehungsverein	alt		11.950	11.950	11.950	11.950
	Kürzung		0	11.950	11.950	11.950
	neu		11.950	0	0	0
4640-718.0300 Für die Bereitstellung von Plätzen für unversorgte Kinder	alt		56.250	56.250	56.250	56.250
	Kürzung		0	20.000	20.000	20.000
	neu		56.250	36.250	36.250	36.250
3310-715.0000 Betriebskostenzuschuss an die Theater-Betriebs-GmbH	alt		11.553.400	11.726.700	11.902.600	12.081.100
	Kürzung		170.700	344.000	519.900	698.400
	neu		11.382.700	11.382.700	11.382.700	11.382.700
3400-634.0500 Für Aktivitäten des Kulturbüros	alt (netto)		131.500	131.500	131.500	131.500
	Kürzung		25.000	25.000	25.000	25.000
	neu (netto)		106.500	106.500	106.500	106.500
3310-715.0200 Betriebskostenzuschuss an die Tanztheater-GmbH	alt		2.085.000	2.115.000	2.150.000	2.180.000
	Kürzung		10.000	10.000	10.000	10.000
	neu		2.075.000	2.105.000	2.140.000	2.170.000
3400-718.0500 Förderung der Literatur	alt		12.000	12.000	12.000	12.000
	Kürzung		5.000	5.000	5.000	5.000
	neu		7.000	7.000	7.000	7.000
5500-718.0000 An Sportvereine und –verbände Für allgemeine Zwecke	alt		266.000	266.000	266.000	266.000
	Kürzung		11.500	11.500	11.500	11.500
	neu		254.500	254.500	254.500	254.500

Finanzposition	Bezeichnung	Ansatz	2005 Euro	2006 Euro	2007 Euro	2008 Euro
5700-718.0004	alt		15.000	15.000	15.000	15.000
Betriebskostenzuschuss für Freibäder in Cronenberg	Kürzung		3.500	3.500	3.500	3.500
	neu		11.500	11.500	11.500	11.500
4020-718.0000	alt		2.550	2.550	2.550	2.550
Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen	Kürzung		2.550	2.550	2.550	2.550
	neu		0	0	0	0
5000-718.0000	alt		27.600	27.600	27.600	27.600
An den Stadtsportbund für den Betrieb des Sport- und Gesundheitszentrums	Kürzung		1.500	3.400	3.350	3.300
	neu		26.100	24.200	24.250	24.300
7910-715.0300	alt		1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Projektzuschuss im Zusammenhang mit dem Masterplan Gewerbeparks	Kürzung		75.000	150.000	150.000	150.000
	neu		925.000	850.000	850.000	850.000
Vorgeschlagene Kürzung insgesamt			711.575	1.103.650	1.286.750	1.472.900
Vorgabe HSK			750.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000
Differenz			-38.425	-396.350	-213.250	-27.100

Das Ziel des Haushaltssicherungskonzeptes, für den Zeitraum 2005 – 2008 Einsparungen von insgesamt 5.250.000 Euro zu erreichen, wird damit um rd. 675.000 Euro unterschritten. Das liegt daran, dass die Einsparungen bei dem auf den Stand des Jahres 2004 festgeschriebenen Betriebskostenzuschuss an die Wuppertaler Bühnen sich stufenweise aufbauen und erst im Jahr 2008 voll wirksam werden. Zur Kompensation werden im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2004 bei der Finanzposition 7910-715.0300 „Projektzuschuss im Zusammenhang mit dem Masterplan Gewerbeparks“ Mittel in mindestens diesem Umfang eingespart, sodass das Konsolidierungsziel insgesamt erreicht wird. Bis auf einen kleinen Restbetrag wird die beschlossene strukturelle Verbesserung von 1,5 Mio. Euro ab 2008 erreicht.

Zu lfd. Nr. 2 „Reduzierung von Dienst-Kfz“

Durch die Verringerung des Fahrzeugbestandes um 10 Kfz werden ab 2005 jährliche Entlastungen von rd. 37.000 Euro erreicht. Außerdem wird eine im Vermögenshaushalt 2005 mit Kosten von 33.000 Euro vorgesehene Beschaffung nicht realisiert.

Zu lfd. Nr. 3 „Optimierung des Einsatzes im Bereich von ESW, 103 und 104“

Für die Maßnahme ist im Rahmen der Schlüsselprojekte Aufgabenkritik und Prozessoptimierung ein Projektauftrag angelegt. Ergebnisse liegen noch nicht vor. Frei werdende Stellen bei den Ressorts 103 und 104 in diesen Bereichen werden aber nicht wieder besetzt, sodass die globale Minderausgabe durch Personalabbau erwirtschaftet wird.

Zu lfd. Nr. 4 „Reduzierung der Personalkosten durch Fluktuation“

Das **Haushaltsjahr 2004** wird bei einem Ansatz von rd. 212,1 Mio. Euro und einem erwarteten Rechnungsergebnis von rd. 209,8 Mio. Euro um rd. 2,3 Mio. Euro günstiger abschließen.

Ähnliche Einsparungen wären auch für das **Haushaltsjahr 2005** zu erwarten, wenn nicht Verschlechterungen von rd. 1,6 Mio. Euro für einen höheren Sicherheitsbeitrag zur

Rheinische Zusatzversorgungskasse (ZVK) zu verzeichnen wären. Dennoch wird davon ausgegangen, dass der Haushaltsansatz von insgesamt rd. 215,2 Mio. Euro ausreichen wird.

Weil die Jahre 2006 ff ebenfalls durch den bereits erwähnten höheren Beitrag zur ZVK vorbelastet sind, müssen weitere personalwirtschaftliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Vorgaben der Finanzplanung (unter Berücksichtigung der globalen Minderausgaben) einhalten zu können. Das verdeutlicht die nachstehende Tabelle.

	2006 Mio. Euro	2007 Mio. Euro	2008 Mio. Euro
Bedarf auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2004	220,1	223,1	226,1
Finanzplanung ohne HSK	219,8	222,8	225,8
Globale Minderausgabe	1,0	2,0	3,0
Bereinigter Ansatz	218,8	220,8	222,8
Differenz zum Bedarf	1,3	2,3	3,3

Zur Umsetzung der globalen Minderausgabe müssen in den Jahren 2006 – 2008 jeweils netto 25 Stellen eingespart werden. Eine Analyse des Personalbestandes zeigt, dass innerhalb dieses Zeitraums planmäßig 172 Stellen frei werden. Über Zielvereinbarungen mit den Ressorts und Stadtbetrieben muss sicher gestellt werden, dass die nötigen Stelleneinsparungen realisiert werden.

Durch in 2004 mit den Ressorts und den Stadtbetrieben abgeschlossene Zielvereinbarungen wurden bereits erreicht

- Personalkostenreduzierungen durch Stelleneinsparungen und
- die Umsetzung der Arbeitszeitverlängerung für Beamte in mittelfristig wirksam werdende Stelleneinsparungen.

Mit den Ressorts und Stadtbetrieben wurden vereinbart:

Geschäftsbereich		Vereinbarte Kürzung im Personalkostenbudget, die nach den z.Zt. vorliegenden Ergebnissen auch realisiert werden konnten	Einsparung von Stellen als Folge der Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte
0	Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters	70.355 Euro	1,50
1.1	Umwelt, Grünflächen und Geodaten	183.000 Euro	3,26
1.2	Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	193.552 Euro	8,50
2.1	Soziales, Jugend & Integration	0	3,17
2.2	Kultur, Bildung & Sport	300.300 Euro	2,50
3	Gesundheit, Schutz & Ordnung	29.500 Euro	4,50
4	Zentrale Dienstleistungen	0	9,08
		776.707 Euro	32,51 = rd. 1,4 Mio. Euro

Zu lfd. Nr. 5 „Kürzung des Zuschussbedarfes bei Volkshochschule und Familienbildungsstätte“

Die Einsparung (50.000 Euro in 2006 und jeweils 100.000 Euro ab 2007) soll komplett bei der Finanzposition 3511-585.0000 „Sachkosten für die Beschäftigungsförderung“ umgesetzt werden. Weitere Einsparungen können sich eventuell im Bereich der Bergischen Zusammenarbeit ergeben, allerdings sind die Überlegungen noch nicht so weit, um konkrete Angaben machen zu können.

Zu lfd. Nr. 6 „Übertragung der Freibäder auf Dritte“

Es laufen Verhandlungen mit einem Interessenten über die Kooperation zum Betrieb eines der beiden Freibäder. Dadurch würde die globale Minderausgabe durch Einsparungen bei den Personalausgaben erreicht.

Zu lfd. Nr. 7 „Kooperationsmaßnahmen im Bereich der Feuerwehr“

Die Einsparvorgabe von jährlich 500.000 Euro wird erreicht durch verschiedene Teilmaßnahmen:

- a) Der im Rat der Stadt eingebrachte Brandschutzbedarfsplan (Drucksache 3189/04) sieht die **Kooperation mit der Werksfeuerwehr Bayer** vor. Den sich hieraus zunächst ergebenden höheren Personal- und Sachkosten von zusammen 311.000 Euro stehen Einnahmen von der Firma Bayer in Höhe von 515.000 Euro gegenüber, sodass der städtische Haushalt um 204.000 Euro entlastet wird.
- b) Durch die **gemeinsame Leitstelle mit der Stadt Solingen** ergeben sich um 113.000 geringere Personal- und Sachkosten.
- c) Die **Umorganisation beim Einsatzführungsdienst/Führungsassistent** führt zu um 154.000 Euro geringeren Personalausgaben.
- d) **Begleitende Maßnahmen** reduzieren den Betriebsbedarf um 29.000 Euro.